

Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **29.** Sitzung des **Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.11.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:20 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Anwesend waren:

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Herr Wolfgang Tylsch

Herr Henry Stricker

Herr Albrecht Hatton

Fraktion DIE LINKE

Herr Siegfried Nocke

Fraktion der SPD

Herr Manfred Ertelt

Fraktion des Bürgerblocks

Herr Olaf Schumann

Fraktion der FWG

Herr Wolfgang Lewerenz

Es fehlten:

Fraktion der CDU/FDP

Herr Peter Nössler

Herr Lothar Pohl

Gäste: keine

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung**
Die Bürgermeisterin begrüßte alle anwesenden Hauptausschussmitglieder und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte sie auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.
Danach wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	8	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**
Die Bürgermeisterin verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.

3. **Bestätigung der Niederschrift der 28. Sitzung des Hauptausschusses vom 16.10.2013**
Die Bürgermeisterin verwies auf eine Korrektur auf Seite 3, Top 7, 1. Satz, indem es **1 Mio. €** heißen muss und nicht 1 T€.

Ohne weitere Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	8	0	0

4. **Genehmigung der Niederschrift der 24. Sitzung des Stadtrates vom 29.10.2013**
Ohne Änderungen wurde die Niederschrift zur Bestätigung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	6	0	2

5. **Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gemäß § 50 (2) GO LSA**
Die Bürgermeisterin teilte mit, dass in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

6. **BOV Düben (Feldlage) - Verf.-Nr.: 611/2-02 AZ 5818 - Gemarkungstausch Buko/Düben/Zieko**
Vorlage: COS-BV-661/2013
Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Grundstückstausch im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens handelt und aus diesem Grund im öffentlichen Teil zu behandeln ist.

Ohne Diskussion wurde die Beschlussvorlage einstimmig beschlossen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	8	0	0

7. Anfragen und Mitteilungen

Stadtrat Hatton fragte nach, ob es schon Vorstellungen gibt, wie die Gebäude der Grundschule am Schillerpark und der ehemaligen L-Schule, in der die Fröbelgrundschule derzeit untergebracht ist, weiter genutzt werden, wenn die Grundschulen im kommenden Jahr in die sanierte Fröbelgrundschule im Schwarzen Weg ziehen.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass es hierzu bereits Vorstellungen gibt, welche aber noch in den Ausschüssen besprochen werden müssen. Eine Idee ist, in die jetzige Schillerparkgrundschule die Musikschule unterzubringen, da sie in ihren jetzigen Räumlichkeiten aus den „Nähten“ platzt. Die Räume in der Kita Amselgarten sind für den Instrumentalunterricht zu klein. Ein weiterer Grund besteht in der Erhaltung des Gebäudes, da sich dieses im Innenstadtbereich befindet, dadurch einen stadtbildprägenden Charakter hat und deshalb erhalten werden muss. Durch die Lage in mitten der Stadt besteht auch die Möglichkeit über die Denkmalpflege Fördermittel zu erhalten. Die Bürgermeisterin informierte ferner, dass sie bereits im letzten Jahr beim Landesverwaltungsamt angefragt hatte, ob es für Sanierungsarbeiten Fördermittel gibt. Sie hatte die Antwort erhalten, dass die Musikschule nicht als Bildungseinrichtung anerkannt wird und deshalb keine Förderung möglich ist. Bei einer nochmaligen Rücksprache im Landesverwaltungsamt vor einigen Wochen erfuhr sie, dass für Musikschulen nun doch die Möglichkeit der Förderung in Aussicht gestellt werden kann.

Zur Gestaltung des Schulhofes der Schillerschule teilte die Bürgermeisterin folgende Vorschläge mit: Abtrennung, so dass ein Teil als Parkfläche ausgebaut werden könnte und die andere Fläche als Spielplatz genutzt werden kann, der dann eingezäunt ist und tägliche Öffnungszeiten besitzt. Damit hat man die Gewähr, dass der Spielplatz nicht dem Zerstörungstrieb preisgegeben ist.

Zur ehemaligen L-Schule wird sie im Sozialausschuss den Vorschlag unterbreiten, dass ein Teil der Schule als Kinder- und Jugendzentrum genutzt wird und die obere Etage als Einlagerung für die Museumsgegenstände, welche derzeit im Klosterhof nicht fachgerecht gelagert werden können.

Die Bürgermeisterin machte noch einmal deutlich, dass dies nur erst einmal Vorstellungen sind, die in den Fachausschüssen besprochen und beraten werden müssen.

Die Bürgermeisterin informierte über ein Schreiben von einem privaten Bürger, der die Turnhalle (Blechbüchse) der ehemaligen Sekundarschule kaufen und diese für Veranstaltungen nutzen möchte. Sie merkte an, dass sie persönlich nur an einen Investor verkaufen würde, bei dem gewährleistet ist, dass dieser in die Turnhalle investiert und das Grundstück auch herrichtet. Sie verwies auf das Gutachten vom Ing.-Büro Feldmann, welches aussagt, dass es nicht ratsam wäre, Mittel in die Turnhalle zu stecken. Sie wird diese Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Bauausschuss reichen.

Stadtrat Ertelt wies darauf hin, dass ein Nachnutzer eine Nutzungsänderung beantragen müsste, welche er mit großer Gewissheit nicht erhalten wird.

Stadtrat Stricker schloss sich der Meinung von Stadtrat Ertelt an. Zur L-Schule kann er sich mit dem Vorschlag der Bürgermeisterin, dort einen Jugendclub zu integrieren, nicht anfreunden, da es durch die Bebauung (Hauswand an Hauswand) Probleme mit den Anwohnern geben wird. Kinder- und Jugendarbeit ja, aber nicht als Jugendclub.

Die Bürgermeisterin machte darauf aufmerksam, dass die Jugendclubs öffentliche Einrichtungen sind, in denen weder geraucht, noch Alkohol getrunken werden darf. Aus diesem Grund kann es so ein Jugendclub, wie von Stadtrat Stricker vermutet, nicht werden. Sie plädierte auch dafür, dass es solche Jugendclubs nicht mehr in den Dörfern geben darf und sprach hier die derzeitigen Probleme in Cobbelsdorf an. Hier verkehren Jugendliche die älter als 30 Jahre sind, selbst Geld verdienen und dennoch die Räumlichkeiten kostenlos nutzen. Die Frauen von der AWO und BUFDIE's sollen für sie sauber machen. Dies kann nicht sein, ein Jugendclub wird für Kinder und Jugendliche geführt, deshalb, wie im letzten Bürgermeisterbericht angesprochen, muss sich der Sozialausschuss mit dieser Problematik beschäftigen.

Stadtrat Nocke wandte ein, dass der Jugendclub an seiner jetzigen Stelle nur eine Notlösung war. Andererseits glaubt er nicht, dass der Lärm eines Jugendclubs schlimmer ist, als die derzeitigen 1. – 4. Klassen der Fröbelgrundschule, die dort untergebracht sind.

Die Bürgermeisterin wies noch einmal darauf hin, dass dies Vorschläge sind, die in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden müssen.

Die Bürgermeisterin teilte mit, dass der Fördermittelantrag zum Abriss ehemalige Sekundarschule gestellt wurde und gute Aussichten bestehen, diese zu erhalten.

Stadtrat Hatton verwies auf das letzte Amtsblatt des Landkreises in dem in mehreren Ausschüssen derzeit der mittelfristige Schulentwicklungsplan zur Beratung ansteht. Er wollte wissen, ob es einen neuen Stand zum Erhalt der GS Cobbelsdorf gibt.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass eine Stellungnahme an den Landkreis von der Stadt erarbeitet und eingereicht wurde. Sie merkte an, dass eine Zuarbeit von der GS Cobbelsdorf abgefordert, jedoch erst im Nachgang eingegangen ist.

Nachdem es keine weiteren Anfragen und Mitteilungen gab, beendete die Bürgermeisterin den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 2.12.2013

Berlin
Bürgermeisterin

Noeßke
Protokollantin